

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbellegebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Juli 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pfl. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pfl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 81

### Aus Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung

Ein gewerkschaftlicher Literatur aller Art besteht heutzutage kein Mangel mehr. Je größere Bedeutung den Gewerkschaften als Machtfaktoren im Wirtschaftsleben zufällt, desto aufmerksamer verfolgen Volkswirtschaftler und Politiker alle ihre Bestrebungen. Andererseits hält die Zunahme der gewerkschaftlichen Literatur gleichen Schritt mit dem gewaltigen Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung seit der Revolution und den aus den wirtschaftlichen Zeitverhältnissen herauswachsenden gewerkschaftlichen Aufgaben und Problemen. Woran es bisher aber immer noch fehlte, das war eine zusammenfassende Behandlung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, die auch ihre „innere“ Geschichte, das Werden und Wesen der verschiedenen gewerkschaftlichen Einrichtungen, und zwar bis in die neueste Zeit hinein, berücksichtigt. Viele Lücke darf nunmehr als ausgefüllt gelten durch das Erscheinen eines großangelegten Werkes von Dr. Siegfried Nestle, betitelt „Die Gewerkschaftsbewegung“. (Erster Band 488 Seiten stark, broschiert 14 Mk., gebunden 17 Mk. Verlag von Ernst Heinrich Moritz [Inhaber Franz Mittelbach] in Stuttgart.)

Wir halten es für keinen Fehler, daß der Verfasser schon vor der sozialistischen Umwälzung im November 1918 an seine Arbeit ging. Was an Grundgedanken über das Wesen, über die Aufgaben und Ziele sowie über die Mittel und Wege der Gewerkschaften im allgemeinen zu sagen war, das konnte so im Interesse einer objektiven Schilderung der Gewerkschaftsbewegung ruhig und unbefangenen von dem neuen Geschehen gesagt werden. Obwohl der Verfasser des Buches kein praktisch tätiger Gewerkschaftler ist, erweist er sich doch insolge seines seit Jahren bestehenden regen Interesses für die Gewerkschaftsbewegung als ein guter Kenner dieser Bewegung und als ein freiwilliger Beurteiler ihrer gesamten Wirksamkeit. Wenn Dr. Nestle in seinem Vorworte bescheiden darauf hinweist, daß ein Gewerkschaftspraktiker dieses besser und anschaulicher geschildert haben würde, so möchten wir auch das nicht ohne weiteres unterschreiben. Ein Gewerkschaftspraktiker würde in seiner Darstellung höchstwahrscheinlich manches als selbstverständlich erachten, was dem Fernstehenden für die Beurteilung der Gesamtbewegung als besonders charakteristisch und wichtig erscheint und für die gewerkschaftliche Belehrung breiterer Kreise auch tatsächliche bedeutungsvoll werden kann. So ist also auch in dieser Beziehung in dem Nestle'schen Buche gegenüber den bereits vorhandenen, von praktischen Gewerkschaftsmännern kommenden historischen Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung kein Nachteil zu erblicken, sondern eine willkommene Ergänzung. Daß Dr. Nestle bei der Abfassung seines Buches umfangreiche Manuskriptteile eines größeren eignen Werkes seines Freundes und Lehrers Dr. Adolf Braun in Nürnberg, dieses um die Förderung der deutschen Gewerkschaften so hochverdienten Mannes, verwenden konnte, ist ein weiterer, nicht zu unterschätzender Vorzug.

Das Nestle'sche Werk gliedert sich in drei Hauptabschnitte: Allgemeines und Theoretisches — Die Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland — Von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Im ersten Abschnitt legt der Verfasser dar, wie durch das Entstehen der privatkapitalistischen Wirtschaft die Vorbereitungen geschaffen wurden für die Entwicklung der modernen Gewerkschaften. Alle wichtigen Zeit- und Streitfragen, die in der Vergangenheit die Gewerkschaften beschäftigten und inzwischen zu Erfahrungsfaktoren ausgewirkt sind, werden neben den neuerlichen Streitfragen über das gewerkschaftliche Wirken behandelt. In dem Kapitel „Wertlosigkeit der Gewerkschaften?“ wird der Theorie bürgerlicher Volkswirter von dem unabänderlichen Lohnfonds, die auch bei Lohndiebstahl in keiner Auffassung vom ehernen Lohngebot wiederkehrt, in überzeugender Art die Denkweise von Karl Marx gegenübergestellt.

Weiter werden die Kapitel „Organisierbarkeit der Arbeiter“, „Organisationsform und Verfassungsfragen“ und schließlich „Die Gewerkschaften nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“ allgemeinverständlich beleuchtet.

Im zweiten Hauptabschnitte schildert der Verfasser die Vorkämpfer der Gewerkschaften, und an interessanten Beispielen zeigt er, wie die Arbeiter der vorkapitalistischen Epoche ihre wirtschaftlichen Kämpfe durchführten. In einer historischen Schilderung der ersten Regungen neuzeitlicher Organisation wird den Buchdruckern die Priorität zuerkannt bei der Bildung zentraler Berufsverbände, wie sich die Buchdrucker auch in der Bekämpfung der Sonntagsarbeit, bei der Erringung der Koalitionsfreiheit sowie des tariflichen Mitbestimmungsrechts, in der Durchführung einer Unterstützung der Arbeitslosen und im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit als gewerkschaftliche Pioniere betätigten. Die übrigen Kapitel betreffen: „Das Jahr 1868“, „Das erste Jahrzehnt“, „Wesen und Wirken der ersten Verbände“, „Kampfmethode und Kämpfe im ersten Jahrzehnt“, „Der Kampf mit dem Sozialistengesetz“, „Organisation und die Wirksamkeit unter dem Ausnahmezustand“.

Im dritten Hauptabschnitte wird der Zeitraum von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des Weltkrieges in besonders geliederten Kapiteln besprochen, unter geschichtlicher Benutzung der zahlreichen Aufzeichnungen über die vielseitigste gewerkschaftliche Entwicklung in jener Zeitperiode.

Einem Vorzug des Nestle'schen Buches erblicken wir noch darin, daß hier ein sozialistischer Theoretiker und Politiker, der bis vor kurzer Zeit dem unabhängigen Flügel der Sozialdemokratie angehörte, die Entwicklung und die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den proletarischen Befreiungskampf von seinem Standpunkt aus in geistvoller Weise objektiv würdigt und gebührend einschätzt. Dabei beschränkt er sich nicht bloß auf einen rein geschichtlichen Abriss, sondern schürft tiefer und schaut auch vor der Kritik nicht zurück. Aber die Ziele gewerkschaftlichen Strebens sagt Dr. Nestle im Sinne der Gedankengänge von Karl Marx, die dieser in seiner (vom Verfasser zitierten) Resolution für den Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation im Jahre 1866 festlegte: „Aus der kapitalistischen Wirtschaft heraus wurden die modernen Gewerkschaften geboren. Ihre Aufgabe ist es, im Rahmen dieser Wirtschaft den Arbeitern möglichst günstige Arbeits- und Existenzbedingungen zu sichern. Aber nichts wäre verfehlter, als wenn sie daraus folgern wollten, sie müßten für die Aufrechterhaltung dieser Wirtschaft eintreten. Wenn nicht ihr Interesse, so verlangt es wenigstens das der Arbeiter, deren Sachwalter sie doch sein wollen, daß diese Wirtschaftsordnung, sobald die Verhältnisse dafür reif sind, von einer höheren abgelöst wird.“ Jeder denkende Gewerkschaftler wird dem Verfasser darin recht geben müssen. Die Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen macht nur den negativen Teil des Sozialismus aus, die Umwandlung der privatkapitalistischen Produktionsweise in eine gemeinwirtschaftliche dagegen den politischen Teil. Die Befreiung der kapitalistischen Herrschaft legt den Gewerkschaften — nach Nestle — die Pflicht auf, sich in gewissem Sinne neu zu orientieren, d. h. die Durchführung des Sozialismus mit zu erstreben.

Mit der Heraushebung dieser vornehmsten Zukunftsaufgaben soll natürlich keineswegs gelagt sein, daß die Gewerkschaften den Kampf um die Besserung der Lage der Arbeiter im Gegenwartskampf nicht ebenso energisch weiterführen müßten als vorher. Im Gegenteil. Der zukünftige gewerkschaftliche Kampf um den Arbeitsertrag wird noch viel höhere Kräfteanstrengung erfordern. Der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems dürfte nicht so schnell erfolgen, als viele annehmen, und der letzte entscheidende Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird in absehbarer Zeit noch nicht ausgefochten werden. In der Zwischenzeit gilt es, das gewerkschaftliche Denken zu schärfen und zu befruchten, damit die nach aufwärts strebende Arbeiterklasse in die Lage versetzt wird, ihre Machtposition immer mehr zu be-

festigen und weisen Gebrauch davon zu machen. Das Nestle'sche Buch ist geeignet, das rechte Verständnis für die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung zu erwecken und zu fördern. Wir empfehlen daher unsern Kollegen sein Studium aufs wärmste. Dem vorliegenden ersten Teile wird ein zweiter folgen, der nach der erfolgten Ankündigung des Verfassers die Entwicklung der freien Gewerkschaften während des Krieges und in der Revolutionszeit behandeln, die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen und die Angestelltenbewegung darstellen sowie die Gewerkschaftsbewegung des Auslandes skizzieren soll.

### Gautag des Gau's Posen und Vertretertag der Verbandsmitglieder aus den ehemals preussischen Landesteilen

Am Sonntag, dem 4. Juli, hielt der Gau Posen seinen ordentlichen Gautag in Bromberg ab. Vertreten waren außer dem Gauvorstand als Delegierte die Kollegen Frauböse, Levechow, Kell und Wiesner für den Ost-Posen, Schmidt (Alfa) für den Bezirk Posen; Lorenz, Mattheschek, Rindfleisch und Spang für den Ost-Bromberg, für den Bezirk Bromberg Zaborowski (Hohenfalza), Gruse und Reich (Ehorn). Als Vertreter waren anwesend für den Gauvorstand Westpreußen Gaukaffler Bulla (Danzig), für den abgetrennten Teil des Gau's Westpreußen der Vorsitzende des Braudenger Ortsvereins, Kollege Reihberg, und zwei weitere Mitglieder. Der Verbandsvorstand hatte den Kollegen Giller beauftragt, als Vertreter zu erscheinen. Leider konnte dieser infolge Pflanzschwierigkeiten nicht erscheinen, was allseitig großes Bedauern hervorrief. Der Gewerkschaftsbund in Bromberg war durch seinen Vorsitzenden Matuszewski und Kafflerer Knobelsdorf aus Bromberg vertreten.

Pünktlich 9 Uhr wurde der Gautag durch den Gauvorsteher Wagner (Posen) in Anwesenheit sämtlicher Delegierten und Vertreter und einer stattlichen Mitgliederzahl eröffnet. Zur Einleitung brachte der Bromberger „Gutenberg“ zwei weibsvoll vorgetragene Lieber zu Gehör. Nach der Begrüßung gedachte der Vorsitzende derjenigen Kollegen, die nicht mehr unter den Lebenden weilen, zunächst unfres ehemaligen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Böblin, einer Reihe führender Gauvorsteher und Kollegen im Verbands, der in der Berichtszeit verstorbenen Mitglieder des Gau's sowie der Opfer des Krieges, der dem Gau rund 60 Kollegen geraubt hat, deren Andenken durch Erheben von den Siben gedehrt wurde.

Bulla brachte Grüße des Gauvorstandes Westpreußen und betonte die Notwendigkeit des Weiterbestehens einer Verbandsorganisation in der Republik Polen; Spang begrüßte die Vertreter im Namen der Kollegschaft Brombergs.

Hierauf erstattete der Gauvorsteher den Bericht des Vorstandes für die Jahre 1918 und 1919. Der Beginn des Jahres 1918 berechnete zu guten Hoffnungen für den Gau, da die Kampfhandlungen im Osten beendet waren. Die Spuren des Krieges begannen sich zu verwischen, das Ende des Jahres brachte die zurückgehenden Krieger, die sämtlich wieder ihre alten Plätze einnahmen, das Vereinsleben regte sich stärker, bis die politischen Verhältnisse die Abtrennung Polens vom Reich brachten. Hierdurch trat ein Rückschlag ein, von dem sich der Gau nicht mehr erholt hat. Die Mitgliederzahl von August 1914 mit 534 Mitgliedern konnte nicht mehr erreicht werden, zur Zeit zählt der Gau nur noch 276 Mitglieder. Die Verhältnisse zwangen dazu, sich teilweise von Deutschland zu trennen durch Gründung von eignen Tarifkassen. Die Anfänge des Gau's reichen bis 1866 und 1868 zurück mit damals etwa 130 Mitgliedern. Der höchste Mitgliederstand war 1914 mit 534 zu verzeichnen. Nach weiteren eingehenden Darlegungen über die Vorgänge im Gau in der Berichtsperiode wurde der Vorstandsbericht ohne Debatte genehmigt.

Auch Punkt 2: „Besprechung und Genehmigung der Rechenschaftsberichte“, wurde ohne Debatte erledigt.

Punkt 3: „Beschlussfassung über die Auflösung des Gau's“, löste eine längere Debatte aus. Der Vorsitzende eröffnete hierzu die gegenwärtige Lage. Zwingende Gründe zur Auflösung liegen noch nicht vor, es ist aber notwendig, sich damit zu befassen und den neuen Ver-

bälfungen anzupassen. Die Kollegen in den abgetrennten Gebieten müßten sich zu einer neuen Organisation zusammenschließen, hierzu seien aber eine Menge Vorbereitungen notwendig. Der Redner schlug deshalb vor, die Auflösung des Gaus auszusprechen, jedoch noch einen neuen Vorstand zu wählen, der die nötigen Vorbereitungen zur Auflösung zu treffen hat, und diesem Vorstände die Vollmacht zu erteilen, nach Anhörung der größeren Mitgliederfall zu geeigneter Zeit den Gau aufzulösen. Der Vorsitzende hat nun um Stellungnahme der Delegierten zu seinem Vorschlag.

Wiesner bringt ein Schreiben des polnischen Gesellenvereins zur Verlesung, in dem die Mitglieder des Verbandes aufgefordert werden, sich dem polnischen Gesellenverein anzuschließen, eventuell als deutsche Sektion; er ersucht um Stellungnahme hierzu. Frauböbe und Zaborowski eruchen ebenfalls, dem polnischen Vereine seitens des Gauvereins eine Antwort zu geben. Lorenz vertritt den Standpunkt, die Angelegenheit dem Vertretertag zu überweisen, um dieselbe von Vertretern aller Verbandsmittglieder erledigen zu lassen. Matfischek und Zaborowski vertreten denselben Standpunkt. Es wird demgemäß beschloffen, Zaborowski stellt nun folgenden Antrag: „Beantworte, dem Gauvorstande Generalvollmacht zu erteilen, zu gegebener Zeit den Gau Polens aufzulösen.“ Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 4 behandelt die weitere Führung der Geschäfte des Gaus bis zur Übernahme durch eine neue Organisation, eventuell Wahl des Vororts und eines Vorstandes. Der Vorsitzende machte den Vorschlag, einen Vorort zu wählen unter Berücksichtigung der Gründung einer neuen Organisation und dann aus diesem Ort einen Gauvorstand zu wählen, der die Geschäfte des Gaus weiterführt bis zur Ablösung durch die neue Organisation. Die Delegierten stimmen diesem Vorschlag zu. Wiesner schlägt vor, Bromberg als Vorort zu wählen und begründet dieses in längeren Ausführungen. Praktisch ist Bromberg der beste Ort, weil er als zentraler Vorort für den Bereich der neuen Organisation zentral liegt. Aber auch andre Gründe sprächen dafür; es sei notwendig, daß der Vorort unabhängig vom Schwerpunkt der jetzigen herrschenden politischen Konstellation liegt, damit der neue Vorstand unbeeinträchtigt die Interessen der deutschen Kollegen wahrnehmen könne. Außerdem sei weiter mit großem Mitgliederverlust in Polen infolge Auswanderung zu rechnen. Zaborowski ist für Befestigung des Vororts in Polen; es sei ja bis dahin immer gelungen, in Polen die organisatorischen und tariflichen Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Lorenz schließt sich dem voll und ganz an. Die Verlegung nach Bromberg sei auch eine bedeutende finanzielle Mehrbelastung, da das Tarifamt in Polen ist und deshalb wiederholte Besprechungen erforderlich sein würden. Der Mitgliederertrag sei auch in Bromberg zu berücksichtigen. Spang erörtert die praktische Durchführung des Vorschlags und kommt zu dem Schluß, es sei Polen zu befehlen. Matfischek schließt sich diesen Ausführungen an und rät, sich die Verlegung des Vororts doch ernstlich zu überlegen. Zaborowski ist der Meinung Wiesners und begründet an Beispielen der tatsächlichen Verhältnisse, daß der Vorort nach Bromberg unbedingt verlegt werden müsse. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß er schon zu Beginn des Jahres darauf hingewiesen habe, daß der Vorort nach Bromberg verlegt werden müsse. Nicht die Scheu vor der Arbeit sei der Grund für diese Stellungnahme. Wohl alle deutschen Gewerkschaften hätten ihre Zentrale in Bromberg, auch der Gewerkschaftsbund der freien Gewerkschaften habe seinen Sitz dort; der Schwerpunkt der Gewerkschaften sei also in Bromberg zu finden, hervorgerufen durch die veränderten Verhältnisse, denen man Rechnung fragen müsse. Nachdem noch Wiesner, Lorenz und Jensch sich zur Sache geäußert, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Mit 9 gegen 3 Stimmen wurde Bromberg zum Vororte gewählt, der nun auch für die Wahl eines Gauvorstandes Sorge zu tragen hat.

Zum Punkt: „Beschlussfassung über die Bevollmächtigung zu einer eventuellen Liquidierung der Ansprüche der Mitglieder bei der bisherigen Organisation“ wurde dem Vorschlag des Vorsitzenden zugestimmt, hierzu den Gauvorstand und je einen Vertreter der einzelnen Ortsvereine zu bevollmächtigen.

Zu Punkt 7: „Festsetzung des Gaubeitrags“, beantragen Wiesner und Zaborowski 1,50 Mk. pro Woche und Mitglied festzusetzen. Die nächsten Seiten werden weiter große Anforderungen an die Opferwilligkeit der Mitglieder stellen. Spang beantragt 1 Mk., dem sich Zaborowski anschließt. Sulla empfiehlt aus seiner Tätigkeit als langjähriger Kasserer, auf der mittleren Linie zu bleiben, wodurch die Organisationsfreudigkeit aller Mitglieder gefördert werde, was gerade jetzt von hohem Werte sei. Mit 8 gegen 4 Stimmen wird der Beitrag auf 1 Mk. festgesetzt.

Der letzte Punkt betraf eine „Beschlussfassung über die Verwendung des Gauvermögens“. Mehrere Delegierte wiesen darauf hin, daß an die Kollegenkreise gedacht werden müsse, die vom Gau Polen bei Deutschland gebildet und andern Gauen zugeführt worden sind. Der Vorsitzende empfahl, den Bestand der Gaukasse mit Ende des zweiten Quartals aufzulösen, mit der Liquidierung die Liquidationskommision des Gaus zu betrauen und hierbei die eben erwähnten Orte mit einzubeziehen. Mit dem Beginn des dritten Quartals würde dann die Gaukasse für Rechnung der jetzigen Gaumitglieder arbeiten. Diesem Vorschlag wird nach kurzer Debatte zugestimmt. Damit war die Tagesordnung erledigt. Mit Dankesworten an die Delegierten für die rege Mitarbeit und dem Wunsch, dem Gau und seinen Mitgliedern

mögen weiterhin zufriedene Zeiten beschieden sein, schloß der Vorsitzende um 11<sup>1/2</sup> Uhr den Gaus.

Hierauf wurde in die Verhandlung des vom Gauvorstandes Wagner einberufenen Vertretertags eingetreten. Die Zeitung wird dem Gauvorstande Polen überlassen. Punkt 2 betraf: „Beschlussfassung über die Gründung einer neuen Organisation in den ehemals preußischen Gebieten“. Der Vorsitzende führte hierzu aus: Die Gründung sei eine Notwendigkeit, die sich aus den neuveränderten Verhältnissen ergebe. Die Notwendigkeit werde zwar bewiesen, da ein Teil der deutschen Kollegen wohl noch abwandern werde. Die Verhältnisse würden erst geklärt sein, wenn nach zweieinhalb Jahren das Optionsrecht abgelaufen sei, dann sei ein Aufgehen in den Gewerkschaftsbund zu empfehlen. Früher werde dies nicht möglich sein. Redner empfahl aber jetzt schon eine enge Verbindung mit dem Gewerkschaftsbund in Bromberg. Dann sei aber auch noch eine enge Gegenfälligkeit mit dem deutschen Verbandsverband notwendig, da es so manchem deutschen Kollegen sehr schwer fallen werde, hier dauernd zu bleiben. Durch die Abwanderung des deutschen Kapitals ist ein längerer Verbleiben der deutschen Kollegen sowieso in Frage gestellt. Zu diesem Tagesordnungspunkte lege außerdem ein Antrag des polnischen Gesellenvereins vor, den Kollege Wiesner zur Sprache bringen werde. Der genannte Kollege verlas hierauf das diesbezügliche Schreiben des polnischen Vereins. Daraus ging hervor, daß die Verbandsmittglieder ersucht werden, dem polnischen Gesellenverein beizutreten, eventuell als deutsche Sektion. Zur Begründung wird ausgeführt, daß der polnische Verein eine zweite Organisation in der Republik Polen nicht neben sich dulden könne. Der deutsche Verband habe dies in Deutschland auch so gehalten. Wiesner geht näher auf den Antrag ein und empfiehlt, dem Vereine mitzutreten, daß der Antrag zur Zeit noch nicht spruchreif sei. Die Begründung sei hinlänglich, da der polnische Gesellenverein ja in Deutschland bereits 50 Jahre bestanden habe. Andre Redner weisen ebenfalls die Begründung zurück, der polnische Verein habe nicht bloß in Polen bestanden, sondern sogar viele Sektionsstellen gehabt. Die polener Verbandskollegen haben seit Jahrzehnten mit dem polnischen Vereine nebeneinander gearbeitet. Frauböbe betont, daß hier eine kurze Antwort nicht am Platze sei. Er weist auf die Agitation des polnischen Vereins hin, die in einem Flugblatte zum Ausdruck gekommen sei, worin erklärt wird, jeder Pole müsse es jetzt als nationale Pflicht betrachten, den Verband schleunigst zu verlassen. Der „Storr.“ habe seinerzeit darüber berichtet. Er schlug folgende Resolution als Antwort vor: „Der Vertretertag der deutschen Buchdrucker in Polen, versammelt in Bromberg am 4. Juli 1920, bringt als Stellungnahme zu dem Schreiben des polnischen Buchdrucker-Gesellenvereins, betreffend Beitritt zu ihm, mit Bedauern zum Ausdruck, daß dies Ergehen nichts entlaste über die Anknüpfung internationaler Beziehungen und Einführung der Gegenfälligkeit sowie den Anschluß an die freien Gewerkschaften. Mit nationalistischen Ideen, wie sie in dem Propagandaaufrufe des polnischen Gesellenvereins zum Ausdruck kommen, hat wirkliche Gewerkschaftspolitik nichts zu tun. Erst dann, wenn eine solche befolgt wird, können sich Mitglieder des Verbandes über den Zusammenschluß äußern. Es muß auch Verwahrung gegen die Anwartschaft eingelegt werden, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker keine Organisation neben sich gebildet hätte. Der Vertretertag in Bromberg hält aus den angeführten Gründen den Zeitpunkt eines Zusammenschlusses noch nicht für gekommen.“ Hierauf knüpfte sich eine rege Debatte, an der sich Zaborowski, Frauböbe, Karmolinski, Lorenz, Sulla, Wiesner und Wagner wiederholt beteiligten. Allgemein wunderte man sich über die Stellungnahme des polnischen Gesellenvereins und dessen Begründung, die den Tatsachen direkt zuwiderläuft. Einigen Rednern ist die Resolution zu tendenziös. Diefelbe wird schließlich einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Matuzewski nimmt hierauf Stellung gegen die Gründung einer neuen Buchdruckerorganisation. Er empfiehlt dringend, sich dem Gewerkschaftsbund anzuschließen. Vorsitzender Wagner betont, daß dies zur Zeit nicht möglich sei; wir müßten zunächst die Interessen der abwandernden Mitglieder wahrnehmen. Ebenso sei auch die allmähliche Ablösung der Rechte aus der alten Organisation mit Einfluß eines Gegenfälligkeitsverhältnisses mit derselben für die dann noch hinterbleibenden Mitglieder nur auf diesem Wege möglich. Vielleicht aber lasse sich auf dem Verhandlungsweg eine Form für einen baldigen Anschluß an den Gewerkschaftsbund finden, was nur zu wünschen wäre. Wiesner betont ebenfalls, daß nach Lage der Verhältnisse die Neugründung unsern Interessen entspreche; dem Gewerkschaftsbunde stehe er auch sympathisch gegenüber und wüßte möglichen Anschluß, unbeschadet unsern Interessen. Reich bemängelt die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes in Thorn; der Hauptkassierer Knobelsdorf erklärt dies als vorübergehende Erscheinung, die lediglich darauf zurückzuführen sei, daß die Funktionäre dort noch nicht eingearbeitet seien; im übrigen rate er dringend zum Anschluß an den Gewerkschaftsbund. Sulla (Danzig) präzisiert nun den Standpunkt der westpreussischen Kollegen; auch diese seien vollständig für die Gründung einer Buchdruckerorganisation. Der kollegiale Ausbau unserer Organisation rechtfertige den Ruf nach Selbständigkeit und den bisherigen bewährten Einrichtungen. Die weiteren westpreussischen Delegierten schließen sich diesen Ausführungen lebhaft an, die auch von Matfischek unterstützt werden. Es wird nun einstimmig beschloffen, die Gründung einer eigenen Organisation vorzunehmen. Es erfolgt dann Beschlussfassung über die feineren Erfordernisse hinsichtlich. Diefelben betonen kurz, daß die neue Organisation den Titel „Verband der Deutschen Buchdrucker in der Re-

publik Polen“ zu führen hat. Die Satzungen sollen dem Verband in Deutschland angepaßt und mit diesem soll eine Gegenfälligkeit abgeschlossen werden. Der Gauvorstand Westpreußen hat beantragt, die Organisation in Bezirk einzuführen; die Orts als Westpreußen müßten einen Bezirk bilden. Die dortigen Mitglieder hätten Ansprüche an verschiedenen Einrichtungen der Gaukasse Westpreußen; durch einen eignen Bezirk werde die Abwicklung der Geschäfte erleichtert. Der Ortsverein Polen beantragt, im Status festzusetzen: Alle Arbeitseinstellungen und Auszahlungen von Unterstützungen hierzu bedürfen der Genehmigung des neuen Hauptvorstandes. Der Propagandistische Fortbildungsverein in Polen beantragt, diese Vereinigungen sind als Bestandteile der Organisation zu betrachten und im Status als solche festzusetzen. Die Richtlinien wie auch die gestellten Anträge hierzu werden einstimmig angenommen.

Nach einer halbständigen Mittagspause wird in die Beratung eines eingehenden Punktes „Tarifliches“ eingetreten. Wiesner, Mitglied des Tarifamts in Polen, gibt einen eingehenden Bericht über die Gründung und die Tätigkeit der Tarifinstitutionen. Eine Reformierung derselben sei erforderlich. Die Tarifgemeinschaft finde leider wenig Gegenliebe bei der Prinzipalität. Dringend notwendig sei jetzt die Ergänzung der Tarifinstitution durch Wahlen von Vertretern aus den neu hinzugekommenen Gebieten. Lorenz übt Kritik an den letzten polener Tarifverhandlungen, die zunächst für die Stadt Polen ein neues Abkommen getroffen haben; jetzt hätte die Provinz nach, was die Geschlossenheit erschweren. Wiesner schildert die Vorgänge bei den Verhandlungen, er habe den Gang der Verhandlungen nicht ändern können. Durch die Neuwahlen werde die Provinz mehr Einfluß auf die Geschäftsführung gewinnen, wodurch die Forderungen der Provinz besser zur Geltung kommen könnten. Spang bemängelt die späten Einladungen zu den Beratungen des Tarifamts. Daburich werde ihm eine rechtzeitige Stellungnahme zu den Beratungen erschweren. Hierzu komme noch, daß die Beratungen sehr wenig deutsch geführt würden, was eine weitere Erschwerung sei. Hiermit war die Debatte erschöpft über diesen Punkt. Es wurde zum Ausdruck gebracht: Der Vertretertag steht auf dem Boden der Tarifgemeinschaft und fordert deren Weiterführung; ebenso die Vornahme der Ergänzungswahlen.

Die nächsten Punkte: „Wahl des Vororts, eines Vorstandes, Beschlussfassung über ein Statut“, wurden schnell erledigt. Bromberg wurde zum Vororte gewählt wegen seiner zentralen Lage und weil auch der gewerkschaftliche Schwerpunkt in diesem Orte liegt. Als Vorstand wurde der neu zu wählende Gauvorstand des Gaus Polen bestimmt, der zunächst die Vorarbeiten erledigen und bis auf weiteres die Geschäfte führen soll. Dieser Vorstand soll auch die Ausarbeitung des neuen Statuts vornehmen auf Grundlage der angenommenen Richtlinien und den dazu gestellten Anträgen. Sämtliche Vorarbeiten für die Organisation sollen nach Anhörung aller in Betracht kommenden Ortsvereine ihren Abschluß finden. Ebenso sollen die zu führenden Verhandlungen mit dem Verbandsvorstand auf derselben Grundlage erfolgen. Die Wirksamkeit der neuen Organisation soll nach dem Abschluß der Vorarbeiten beginnen, eventuell bei eintretender Notwendigkeit.

Hierauf folgte freie Aussprache, in der Zaborowski Kenntnis gab von der Gründung und Tätigkeit des polener Firtorgereins für die Opfer der politischen Verhältnisse, er empfahl Nachahmung dieser Gründung.

Damit war die Tagesordnung erledigt, und der Vorsitzende hielt sein Schlusswort. Wir stehen vor einem dankwürdigen Abschlusse. Durch Bestimmungen von dieser Seite sind wir einem andern Staatswesen zugeleitet und sollen uns von unsern bisherigen Kollegen im Verbands der Deutschen Buchdrucker trennen. Der kollegiale Geist, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit unsern bisherigen Kollegen wird uns nicht leicht werden können. Wie lange es uns möglich sein wird, noch weiter hier wirken zu können, wissen wir nicht. Die Kollegen Polens haben nach den schweren Wirkungen des 1891er Streiks in langer, zäher Arbeit unermüdet an der Aufwärtsentwicklung der Buchdruckerberufnisse gearbeitet und sind später bahnbrechend und führend auf dem Tarifgebiete für den ganzen Osten geworden. Sie hoffen nun auf Anerkennung und Gegenliebe, wenn ihnen die Erfüllung ihrer unendlich gemacht werden sollte. Mit dem Wunsche für weiteres Wohlergehen aller Mitglieder schloß der Vorsitzende um 3<sup>1/2</sup> Uhr die Tagung.

Den meisten Delegierten war es leider nicht vergönnt, noch einige Zeit im Bromberger Kollegenkreise weilen zu können, da sie schleunigst zum Bahnhofe mußten, um mit dem letzten Zuge zu ihren Wirkungsstätten gelangen zu können.

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Die am 7. Juli abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Gauvereins hatte folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Beschlussfassung über die Anträge der Arbeitslosen und Erhebung eines Ertrahetags; 2. Beschlussfassung über die Gauzulassung und Festsetzung des Beitrags; 3. Besprechung der von der Generalversammlung des Verbandes aufgestellten Gesamtskala und Festsetzung der Gehälter der Angestellten. Zum ersten Tagesordnungspunkt unterbreitete der Versammlungsleiter Kollege Krichke die Verhältnisse des Gauverbandes, wonach ein Ertrahetrag von wöchentlich 2 Mk. erhoben und dafür den Arbeitslosen ohne Steuern

ein wöchentlicher Zuschuß von 20 Mk. gesahlt werden soll. Die letzten Bezirksversammlungen, die sich mit den Anträgen der Arbeitslosen beschäftigten, haben fast sämtlich dem Vorlage des Vorstandes zugestimmt und den weiteren Antrag auf einmalige Unterstützung von 100 Mk. abgelehnt. Nur im Bezirke IV wurde ein Antrag beschlossen, einen Extrabeitrag von 3 Mk. zu erheben und davon einen wöchentlichen Zuschuß von 30 Mk. sowie nach vierwöchiger Arbeitslosigkeit eine Extraauszahlung von 50 Mk. und nach weiteren vier Wochen nochmals 50 Mk. zu gewähren. Aber die Anträge entspann sich eine längere lebhafte Diskussion, in der die Forderung von Arbeitslosigkeit besonders betont, die immer zahlreicher eintretende Schließung von Druckereien als meistens ungerechtfertigt verurteilt, daneben vom Verlangen der Arbeitsgemeinschaften und der Notwendigkeit der Ergründung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse gesprochen, demgegenüber aber auch als im Augenblicke praktischer und notwendig die Bewilligung von Mitteln zur Erhöhung der Unterstützung bezeichnet wurde. In der Abstimmung wurde der Antrag des Bezirkes IV mit 101 gegen 96 Stimmen abgelehnt und dann der Antrag des Gewerkschaftsvorstandes angenommen. Ferner gelangten ein Antrag von Käström, wonach bei Verdiensten von über 300 Mk. 5 Mk. Extrabeitrag zu zahlen, und ein Antrag von Emil Schmidt, nach dem von allen Ackerbauverdienenden 50 Proz. zugunsten der Arbeitslosen abzuliefern sind, zur Annahme. Zur Frage der Schließung von Druckereien nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Druckereien stillgelegt werden, lediglich deswegen, weil die Ausschachtung, Verhöhrung und Verchiebung gewinnbringender sind, als die geregelte Produktion. In dieser Zeit, in der uns von allen Seiten gepredigt wird, nur Arbeit kann uns retten, sieht die Regierung tatenlos zu, wie seitens der Unternehmer durch Schließung der Betriebe Sabotage der Arbeit getrieben, die Arbeitslosen künstlich gezeigert wird und immer mehr Kollegen, Arbeiter und Angestellte dem Arbeitslosenstand überantwortet werden. Die Generalversammlung fordert daher von den maßgebenden Stellen, die die Stilllegung der Betriebe verhindern, und verlangt vom Gew- und Verbandsvorstande, zur Durchführung dieser Forderung die erforderlichen Schritte zu unternehmen.“ Beim Punkt 2 der Tagesordnung wurde entsprechend den Anträgen des Gewerkschaftsvorstandes nach deren Begründung durch den Kassierer Schleifer beschlossen, den Arbeitslosen zur neuen Verbandsratsunterstützung einen Zuschuß von 50 Pf. täglich zu zahlen, den bisher gewährten Extrazuschuß für Kranke von 75 Pf. und für Invaliden von 50 Pf. täglich aufzuheben sowie den Gesamtbetrag mit 4,50 Mk. trotz der Erhöhung des Verbandsbeitrags bestehen zu lassen. Nach kurzer Debatte wurde schließlich auch die von der Nürnberger Generalversammlung aufgestellte Gehaltskala für die Angehörigen des Gewerkschaftsvorstandes angenommen.

**Berlin.** (Maschinenmeister. — Vierjahresbericht.) Die Versammlung im April beschäftigte sich mit dem Kapp-Putsch und seinen Folgen. Vorsitzender Abel ließ die Ereignisse der letzten Wochen Revue passieren. Die Schließungen der Betriebe, die sich für den betreffenden Unternehmer als ein sehr rentables Geschäft erweisen, nehmen immer größeren Umfang an. Die Kollegen beklagten sich, daß trotz ihrer eifrigen Bemühungen, insofern des Fehlens der notwendigen Gelder, nirgends Mithilfe gegen diese Mißstände der Unternehmer erwirren werden konnten. — Am 17. April begannen wir unser 24. Sitzungssekt, das sich eines guten Besuchs erfreute und ein ausgezeichnetes künstlerisches Programm bot. — Die Mitarbeiter wurde durch einen Vortrag des Kollegen Köpfer über „Verwendung des Rindfleischs im Buchdruck“ unter besonderer Berücksichtigung für den Alkoholdruck“ interessiert gehalten. Im Hand zahlreicher Druckarbeiten sowie ausgelegter Rindfleischstücke erklärte der Referent in eingehendem Vortrage die Herstellung der Druckplatten und Schnitt. Der Vortrag fand reichlichen Beifall. — Die Sunterversammlung war trotz der wichtigen Tagesordnung nur schwach besucht. Erhebend groß ist die täglich steigende Zahl unter arbeitslosen Kollegen, daher trat Kollege Abe warm für die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags ein, wie ihn der Gewerkschaftsvorstand in seinem Antrage, der den Bezirksversammlungen vorlag, forderte. Nur durch opferwillige Solidarität können wir die traurige Lage unter arbeitslosen bessern. Sodann gab Kollege Abe den Bericht vom Maschinenmeisterkongress. Kollege Poschmann teilte die wichtigsten Beschlüsse der Generalversammlung mit. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß wir uns mit den Kongressbeschlüssen einverstanden erklären können.

**Bezirk Brandenburg (Havel).** Am 27. Juni fand unsere Bezirksversammlung statt, welcher eine Druckmaschinenausstellung voranging. Kollege Monifki (Berlin) hatte sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, hierzu das Atelier zu übernehmen, in welchem er vor allem Dingen darauf hinweist, daß die kleineren Orte im Obergau mehr Bildungsbestrebungen zeigen müssen. Die Versammlung wurde eingeleitet durch den Gesangverein „Graphia“, welcher die „Märzluft“ zum Vortrage brachte. Hierauf begrüßte Vorsitzender Klein die Ercheinenden und hielt die aus der Gesangsleitung zurückgekehrten Kollegen herzlich willkommen. Nach Erledigung des Kasienberichts und der Neuwahl des Kassierers nahm Kollege Klein das Wort zu seinem „Streifzug durch die Nürnberger Generalversammlung“. Er berichtete kurz und sachlich über die wichtigsten Punkte der Verhandlungen, wofür ihm der Dank der Versammlung zuteil wurde. Von einer Debatte mußte leider abgesehen werden; da uns die auswärtigen Kollegen im Laufe des Nachmittags wieder verlassen mußten. Der Bezirksbeitrag wurde von 5 auf

15 Pf. erhöht, um es auch in Zukunft möglich zu machen, wie bisher zwei Bezirksversammlungen im Jahre abzuhalten. Nach einer Statutenänderung und Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

**Braunschweig.** (Maschinenmeister.) Einer Einladung folgend fand am 13. Juni eine Besichtigung des von unserem Kollegen Lüders erfundenen Stromunterbrechers in der Druckerei Appelhans statt. Vielen Kollegen, die mit Universal-Bogenszählungsapparaten arbeiten, wird es schon passiert sein, daß die Bremspule geschmort hat oder gar ganz durchgebrannt war. Eine durchgebrannte Spule erfordert immerhin keinen geringen Kostenaufwand, nämlich eine Ausgabe von über 200 Mk., was für manche Kollegen viel Unangenehmes brachte. Dieser Uebelstand ist nun durch die Erfindung beseitigt. Kollege Lüders instruierte die Teilnehmer eingehend und führte die Tätigkeit des Stromunterbrechers praktisch vor. Die Kollegen waren alle von der Nützlichkeit dieser technischen Neuerung überzeugt, zumal sie an jedem Apparat ohne grobe Kosten angebracht werden kann. Wir wünschen unserem Kollegen Lüders vollen Erfolg!

**Bromberg.** In der zweitgrößten Druckstadt der Provinz Posen ist nun auch eine Einigung erfolgt nach siebenjährigem Zustande. Die Prinzipale haben die gestellten Forderungen der Gehilfen, den feineren im Oktober festgesetzten Grundlohn um 160 Proz. zu erhöhen, bewilligt. Die Höhe sind in Bromberg (bei 12<sup>1/2</sup> Proz. Lokalzuschlag) jetzt wie folgt: im ersten Gehaltsjahre 390,30 Mk., bis 21 Jahre 427,50 Mk., 21—24 Jahre 501,87 Mk., über 24 Jahre 594,77 Mk. Maschinenleger 20 Proz. Zuschlag (über 24 Jahre 713,75 Mk.), Meisterei, Korrektoren, Stereotypente, Abteilungsleiter 10 Proz. Zuschlag. Das Minimum ohne Lokalzuschlag beträgt nun im ehemals preussischen Gebiete 528,70 Mk. (allerdings polnische Währung). — Die sozialdemokratische Zeitung „Volkstimme“, die nach Ausbruch der Revolution in Bromberg gegründet und auch gedruckt, dann nach Thorn verlegt wurde, hat mit dem 10. Juli ihr Erscheinen eingestellt. Als Grund wird angegeben die horrenden Preise für Papier und Telephongebühren.

**Darmstadt.** Die Bezirksversammlung am 3. Juli hatte trotz der wichtigen Tagesordnungspunkte einen schlechten Besuch aufzuweisen. Nur wenn es sich um materielle Vorteile handelt, dann ist alles auf dem Damme. Namentlich die jüngeren Kollegen glänzten mit Abwesenheit. Zwei Aufnahmen wurden zunächst vollzogen. Bezirksvorsitzender Bahler berichtete als Generalversammlungsdelegierter in sehr sachlicher und verständnisvoller Weise über die Nürnberger Tagung. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß auf der neunten Generalversammlung positive Arbeit geleistet worden ist. Der Vorsitzende erstete am Schluß seiner Ausführungen, daß der Kreisamtsitzung in Frankfurt a. M. — Das diesjährige Johannistfest wurde am 27. Juni, vormittags, durch einen Festakt begangen, dabei wurden die Kollegen Adolf Schnabel und Christian Borch als 50jährige Jubilare durch Abarreichung von Diplomen des Verbandsvorstandes und durch Geldgeschenke geehrt. Außerdem wurden folgende Kollegen für 25jährige Verbandszugehörigkeit mit Diplomen geehrt: Suktus Ernst, Wilhelm Matthes, Jean Köhler, Adolf Dinkelstein, Oskar Bäuerle, August Buh, Johannes Fischer, Paul Voller und unser Bezirksvorsitzender Bahler. Kollege Schnabel dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung und bemerkte dabei mit Recht, daß einem Arbeiter, der fünfzig und noch mehr Jahre gearbeitet habe, ein besserer Lebensabend beschieden sein müßte, als es tatsächlich der Fall sei. — Am Nachmittage fand ein Ausflug mit Musik nach dem nahen Nieder-Ramstadt statt.

**Erfurt.** Am 4. Juli hielt die Gewerkschaftsversammlung Thüringen der Schriftsetzer, Stereotypen- und Galvanoplastiker hier ihre Halbjahrsversammlung ab. Außer den fast vollständig erschienenen Erfurter Spartenkollegen hatten nur die Gerarer und Böhmerer Kollegen Vertreter entsandt. Aus dem von Kollegen Goldammer (Erfurt) erstatteten Geschäftsberichte war zu entnehmen, daß die Mittelalterzahl auf 32 gestiegen ist. Den Bericht vom Nürnberger Kongress gab gleichfalls Kollege Goldammer in ausführlicher Weise. In der Aussprache wurde die Beihilfen- und Hilfsarbeiterfrage erörtert und dann den Nürnberger Beschlüssen zugestimmt. Infolge der erhöhten Beitragszahlung an die Zentralkommission wurde der Monatsbeitrag für unsere Gewerkschaft auf 1 Mk. erhöht. Nach kurzer Besprechung einer technischen Neuerung trat Schluß der Versammlung ein.

**Gulst i. Solfst.** Unsere Bezirksversammlung war aus den angefallenen neun Druckereien verhältnismäßig sehr gut besucht. Kollege Radow (Eimshorn) gab in ausführlicher Weise den Bericht von der Generalversammlung in Nürnberg. Als Vertreter des Gewerkschaftsvorstandes konnte Kollege Lorenzen (Siefel) einige Ausführungen über die Zweckmäßigkeit der Bezirksamtsitzung und der Bezirkskassen geben, ebenfalls stellte er in kurzen Anrissen die neue Rechtsordnung, Sodann sprach er noch eingehend über die Tarifgemeinschaft. Dieser äußerst anregende Vortrag fand großen Beifall, woraufhin folgende Resolution angenommen wurde: „Die Bezirksversammlung ist für Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaft, verlangt aber, daß dieselbe auf einer andern, den Verhältnissen entsprechenden Grundlage aufgebaut werde. Ferner wünscht die Versammlung eine neue Festsitzung der Lokalzuschläge in nächsten drei Jahren.“ Allgemein wurde Beschwerde geführt über den geringen Lokalzuschlag und die minimalen Steuerzulagen für die kleinen Druckereien, da die

Lebensmittelpreise in den ländlichen Druckorten zum Teil höher sind wie in der Großstadt.

— **Frankfurt a. M.** Die nicht besonders stark besuchte Bezirksversammlung vom 2. Juli nahm nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten die Beschlüsse über die Nürnberger Generalversammlung entgegen. Die einleitenden allgemeinen Ausführungen des Kollegen Nepeck sowohl wie die Ergänzungen der Kollegen Schuchardt und Dominé fanden beifällige Aufnahme. In der sich anschließenden lebhaften Diskussion erklärte man sich im allgemeinen mit den gefassten Beschlüssen einverstanden, während ein Redner zum Ausdruck brachte, auf dem Gebiete der Unterstützungserhöhung und Umrechnung der Beitragszahl die mehr erwerbslos zu haben. Die Stimmung der Versammlung fand sodann in der nachstehenden, gegen eine Stimme angenommenen Entschließung ihren Ausdruck: „Die am 2. Juli im Gewerkschaftshaus“ folgende Versammlung des Bezirkes Frankfurt a. M. im Verbands der Deutschen Buchdrucker erklärt sich nach Entgegennahme der Berichte ihrer Delegierten mit den von der X. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes getroffenen Maßnahmen einverstanden. Sie erblickt in dem neu geschaffenen Statut die Grundlage, auf der sich die Kollegen zum gemeinsamen Arbeit wieder zusammenfinden kann. Der Kündigung des Tarifs stimmt die Versammlung ebenfalls zu und erwartet, daß die kommende Tarifrevision eine Gehilfenchaft vorkindet, die einiger und geschlossener denn je dasteht.“

**Hamburg.** (Maschinenmeister. — Vierjahresbericht.) Am 10. April fand eine gutbesuchte Versammlung statt, die sich mit Kongreßangelegenheiten beschäftigte und die Wahl der Delegierten vornahm. Herr Schillmann vom Hause Hirsch hielt einen Vortrag über: „Papierfabrikation“, zeigte an der Hand von 80 Lichtbildern die Entwicklung derselben bis zum heutigen Tag und erzielte dafür reichen Beifall. Es sei hierdurch Herrn Schillmann bestens gedankt. — Im März begann ein Apparaturkurs, an dem sich etwa 100 Kollegen beteiligten. Es wurde an vier Systemen unterrichtet. Der Kurs dauerte bis Ende Mai. Denjenigen Firmen, die ihre Betriebe für die technische Weiterbildung der Gehilfen zur Verfügung stellten, sei an dieser Stelle unser herzlichster Dank ausgesprochen. — Am 8. Mai besuchte sich die Versammlung nochmals mit Kongreßanträgen und gab ihren Delegierten verschiedene Wünsche mit auf den Weg. Herr Nischke übernahm die Erläuterung der von der Johannistberger Maschinenfabrik freundlichst liberalisierten Lichtbilder, die die Fabrikation und Entwicklung ihrer Maschinen darstellen. — Am Himmelfesttag fand eine Ferienfahrt nach dem Klein-Portfelser Bahnhofsplatz statt. — Am 20. Juni war es dem Vereine dank dem Entgegenkommen der Firma Chr. Soltmann-Steinberg gelungen, eine Besichtigung der Bunz- und Schwarzfarbenfabriken in Celle vornehmen zu können. Über 100 Kollegen hatten der Einladung Folge geleistet. Einem von Herrn Steinberg gehaltenen einleitenden Vortrage folgte unter freundlicher Führung der Firmeninhaber eine vollkommene Besichtigung der Betriebe, die etwa vier Stunden in Anspruch nahm. Vom Ursprungsprodukte der Kohle, bis zur gebrauchsfertigen Farbe war der Entwicklungsgang bis in die kleinsten Details zur Anschauung gebracht. Ein äußerst interessanter experimenteller Vortrag im Laboratorium beschloß den Auszug. Klar und scharf war hier ersichtlich, was Erstbrutstein, verbunden mit kühler, nützlicher Unternehmungsgabe und eiferner Willensstärke, aus kleinen Anfängen zu schaffen vermag, und andererseits war ein liches Zeichen der weiteren Entwicklungsfähigkeit der deutschen Farbenindustrie im Rahmen des graphischen Berufs gegeben. Auch an dieser Stelle sei den Firmeninhabern und den Angestellten für ihre liebrevolle Aufnahme der Dank der Teilnehmer ausgesprochen.

**Hannover.** Am 4. Juli fand in Hildesheim eine außerordentliche Generalversammlung des Vereines der Stereotypen, Galvanoplastiker und Schriftsetzer im Gau Hannover statt. Sie war besucht von Kollegen aus Hannover, Braunschweig, Osnabrück, Melle, Sameln und Hildesheim. Nachdem Vorsitzender Fiebbe die Teilnehmer begrüßt und die Vereinsmitteilungen erledigt hatte, hielt Kollege Brämann (Hannover) einen Vortrag über „Köhlnerparnis beim Aufsteigen von Stereotypen, Galvanos und Abungen“. Sodann erstattete Kollege Fiebbe Bericht vom Stereotypenkongress in Nürnberg. In ausführlicher Weise entledigte er sich dieser Aufgabe. Hieran schloß sich eine rege Diskussion, worin bekundet wurde, daß die Beschlüsse des Kongresses bei der kommenden Tarifrevision restlos vertreten werden müßten. Nachdem den anwesenden Kollegen das volle Maß der Vereinskassen bewilligt worden war, fand ein Antrag betreffs Beitragszahlung zur Verhandlung. Nach langem Hin und Her wurde der Beitrag auf 1 Mk. pro Monat erhöht, und zwar soll dieser vom 1. Oktober d. J. ab erhoben werden. Hierauf schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung. Den Hildesheimer Kollegen für ihre Mithewaltung an dieser Stelle nochmals herzlichsten Dank.

**Köln.** Kollege Joseph Olesen aus Bocholt feiert am 25. Juli sein 50jähriges Berufsjubiläum. Am 25. Juli 1870 trat er in der Adolf Spaarmannschen Buchdruckerei in Oberhausen (Köln) in die Lehre. Gegenwärtig konditioniert er in der Köhler Verlagsanstalt, in der er seit 22 Jahren tätig ist, als Stereotypen. Möge dem Jubilar, der sich allgemeiner Wertschätzung bei den Kollegen erfreut, ein heiliger Lebensabend beschieden sein!

**Mainz.** In der leider nur sehr schwach besuchten Versammlung am 28. Juni erstattete Gewerkschaftsvorstand Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. In bewährter Weise verstand es Redner in einem über zwei





ein Kennzeichen der wildgärenden Zeit und des — Zerfalls ist. Nach den gefassten Beschlüssen möchte es indes klären, daß gewisse Unstimmigkeiten, die sich auf den Generalversammlungen der Konsumvereine und den Tagungen der Zentralverbände bildenden Revisionsverbände zeigten, an der Oberfläche hatten gebildet und nicht ins Innere gedrungen sind. Glücklicherweise. Denn keine der bestehenden Wirtschaftsorganisationen — auch nicht unsere Gewerkschaften — sind so sehr auf das wirtschaftliche Zusammenwirken aller Volksgenossen angewiesen, wie die Konsumvereine. Und keine hat so viel zu verlieren und kann so viel gewinnen, wie gerade die Konsumvereine. Denn sie stehen nach Welen und Entwicklungsbedingungen im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Neulandes, das das Volk geschaffen haben will: Gemeinwirtschaft ist die Parole aller vorwärtsstrebenden, aufstrebenden Wirtschaftskräfte und die Genossenschaft ist der Kristallisationskern ihrer organischen und organisatorischen Entwicklung. Da gibt es bei der heuligen namenlosen Zerplitterung der Arbeiter- und allgemeinen Volksbewegung Reibungsflächen genug, die jede ihre besondere Gefahr in sich birgt.

Das was der Genossenschaftstag beim Vortrage der Geschäftsberichte durch Heinrich Kaufmann und Hugo Bäßlein richtig erlährt haben, denn nach zum Teil heiligen Auseinandersetzungen über Neutralitätsfrage, Zwangswirtschaft und „Konsumkommune“ als neue Form der Genossenschaftsbewegung, wurde die unbedingte politische Neutralität von neuem bestätigt, die Konsumkommune als Ausdruck staats- und gemeinbedeurendlicher Bevormundungslust mit Erstickung jeglicher freier Initiative genossenschaftlicher Entwicklung abgelehnt und der schnelle, allerdings systematische Abbau der Ernährungswirtschaft gefordert.

Es waren immer erdrückende Mehrheiten, die die leibeherrige Genossenschaftspolitik bestärkten, wobei die Reste eines russischen Genossenschaftsvertreter von nicht geringem Einflusse gewesen sein mag. Ein Auschnitt seiner halb-künstlichen Begrüßungsansprache mag das deutlich machen. Er sagte: Während der Revolution und am Anfange der Sowjetregierung seien die russischen Konsumvereine freie, sich selbständig verwaltdende Organisationen der Bauern und Arbeiter gewesen. Dann leit die Sowjetregierung durch Dekret vom 20. März 1919 dazu übergegangen, diese in Zwangsgenossenschaften umzuwandeln. Die Mitglieder hätten hierbei weder Rechte noch Pflichten. Anteilnahme konnte man dabei nicht. Die demokratischen Grundzüge seien alle über den Haufen geworfen worden. Unter dem Zarismus seien die Genossenschaftler als „Revolutionäre“ in den Kerker geworfen worden und die heutige Sowjetregierung werke sie als „Kontterrevolutionäre“ in den Kerker. Der Redner jagt weiter: auf dem Fundament der Liebe und Gerechtigkeit käme man zum Sozialismus, nicht aber durch Zwangsmassnahmen. Am Schluß der Rede folgte ein selten zu hörender demonstrierender Beifall.

Die Zwangswirtschaft war auch ein hart umfester Gegenstand. Aber Bäßlein deckte sie mit so unüberleglichen Tatsachenbeispielen zu, daß nichts mehr übrig blieb, als ihr ein gnädiges Ende ohne trübliche Urstände zu wünschen. Denn es ist leider richtig, daß die auf der Behördenorganisation — warum nicht auf der Genossenschaftsorganisation? — aufgebaute Zwangswirtschaft mit zur Warenverwertung und zum Schleichhandel mit all seinen bösen Folgen beigetragen hat, ohne eine halbwegs gleichmäßige Verteilung des vorhandenen sicherzustellen. Wenn z. B. die Fleischversorgung in Preußen mit einer Ablieferung von 16 Proz. abschließt und 84 Proz. den Weg des Schleichhandels zu Preisen gehen, die der „kleine Mann“ überhaupt nicht oder nur auf Kosten anderer Lebensnotwendigkeiten bezahlen kann — was hat eine solche „Fleischversorgung“ noch für einen Wert? Und so fort!

Besondere Erwähnung verdient auch die Mitteilung von Lorenz (Hamburg), daß die Schaffung einer Internationalen Grobhandelskonsumgenossenschaft durch die gleichartigen Zentralgesellschaften der einzelnen Länder — Deutschland, England, Frankreich, Italien, Schweden, Finnland, Rußland (wenn es die Sowjetregierung erlaubt) — angebahnt worden ist. Eine Sache, deren Tragweite in wirtschaftlicher und völkerverföhrlicher Bedeutung gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Wenn es nur schon so weit wäre!

Auf dem Gebiete des genossenschaftlichen Bildungswesens ist hervorzuheben, daß durch Errichtung einer künftigen Konsumgenossenschaftlichen Fortbildungsschule in Hamburg bereits praktisch tätige Genossenschaftler durch theoretische Lehrgänge zu genossenschaftlichen Führern herangebildet werden sollen. Die Finanzierung ist den Konsumvereinen mit einem Kostbeitrag von 10 Pf. pro Mitglied und Jahr auferlegt, was bei drei Millionen Mitgliedern die Summe von 300000 Mk. allein für diesen Zweck ergibt.

Die Mitgliederzahl des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat bereits drei Millionen Familien überschritten und sie dürfte bei Überleitung der leither im Allgemeinen (Kriegszeiten) Verbände zusammengefaßten Konsumvereine bereits in die zweite Hälfte der viersten Million eingetreten sein. Glücklicherweise ist es nämlich zu einer Vereinheitlichung der deutschen Konsumvereinsbewegung gekommen durch Verhandlungen zwischen dem Zentralverband und dem Allgemeinen Verband, wonach die Konsumvereine des letzteren „mit Satz und Pack“ unter garantierter Anteilnahme an der Leitung des Zentralverbandes und der Grobhandelskonsumgenossenschaft übertraten. Das nicht sehr schöne Kapitel „Streit nach“ der deutschen Genossenschaftsbewegung ist damit abgeschlossen und ein neues, hoffentlich besseres beginnt.

wozu alle Aussichten vorhanden sind. Und die deutsche Arbeiterbewegung?

Im Zentralverbande deutscher Konsumvereine werden etwa 32000 Personen beschäftigt, der Umsatz belief sich im Jahre 1919 auf 1 Milliarde und 75%, Mill. Mk. (1913 als dem letzten Friedensjahre vor dem Kriege: 472 Mill. Mk.), in eigener Produktion wurden für 178616000 Mk. Waren hergestellt (191878000 Mk.), der Reinüberschub betrug 22135000 Mk. (24360000 Mk.), Rabatt 25687000 Mk. (153000000 Mk.); beide zusammen 478220000 Mk. (396600000 Mk.). Selbstverständlich kann an diesen reinen Finanz- und Bilanzangaben die tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung des deutschen Konsumvereinswesens nicht im entferntesten abgeleitet werden, denn sie ist unendlich viel größer als jene Zahlen es ausdrücken. Finanzlich, wirtschaftlich, sittlich!

Noch eins zum Genossenschaftstag: es waren auch wieder sämtliche Völkler der internationalen Genossenschaftsfamilie vertreten mit Ausnahme der Engländer und Franzosen. Während erstere ein durchaus plausibles Entschuldigungs schreiben sandten, hüllten sich unsere nächsten Nachbarn in — lahmvolles Schweigen. O, wir „Boches“! Aborigens war der Schweizer Vertreter, Dr. Schür, der anerkennenden und deshalb erfreulichen Meinung, „daß es ohne die deutschen Genossenschaften keine internationale Genossenschaftsbewegung gebe“!

Die Grobhandelskonsumgenossenschaft Deutscher Konsumvereine hielt im Anschluß an den Genossenschaftstag ihre diesjährige Generalversammlung ab, von der am bemerkenswertesten ist, daß das Stammkapital von 15 auf 20 Millionen Mark erhöht wurde. Es ist in der Tat, wie der Geschäftsführer Berger als Referent bemerkte, „nur ein Tropfen auf einen heißen Stein“. Fünf Millionen mehr und dabei die Aufgaben der neuen Zeit! Der Reingewinn im Jahre 1919 betrug 2076954 Mk., wovon die Vereine als Gesellschafter 474244 Mk. Kapitalzinsen und 624070 Mk. Dividenden, zusammen also 1098314 Mk. erhalten, während der „Rest“ von ungefähr 50 Proz. des Reingewinns den Referenten und dem Unterstützung- und Pensionsfonds zufließt. So ist's recht!

Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine hielt am gleichen Tage wie die Grobhandelskonsumgenossenschaft ihre Generalversammlung ab, wobei man durch Bäßlein (Hamburg) hörte, daß der Umsatz eine Steigerung von 8175710 Mk. auf 13308213 Mk. erfahren hat. Dem Geldwerte nach natürlich. Denn bei „die Papierpreise“ wie der Berliner sagt! Die Gehälter und Löhne sind von rund 900000 Mk. im Jahre 1918 auf 2,3 Millionen Mark in 1919 gestiegen, aber der Reingewinn betrug immer noch — notabene nach vorheriger Zuweisung von 200000 Mk. an den Pensionsfonds! — 348224 Mk. Eine Tatsache, die nicht unbedingt als erfreulich angesehen werden kann, wenn man die ungeheure Steigerung der Druckpreise in Betracht zieht. Aber schließlich bedröht ja „alles allen“ und so mag's gehen. [:]

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Northeim (Sannover) wurde Kollege Julius Fengerl zum Senator gewählt und von der Regierung bestätigt.

Abhängigkeit der Hamburger Prinzipale von ihren Lehramtlichen? Wie wir einer Publikation des Hamburger Prinzipalvereins entnehmen, scheint die Grenzlinie der dortigen Prinzipalität durch die Fortbildungspflicht ihrer Lehramtlichen unter 18 Jahren ernstlich bedroht zu sein. Denn in einer besonderen Bekanntmachung in den offiziellen Mitteilungen des Vereins vom 5. Juli wird empfohlen, die durch den Besuch der Fortbildungsschule veräumte Zeit den Lehramtlichen regelmäßig in Abzug zu bringen. Dabei handelt es sich höchstens um drei Stunden wöchentlich, wovon noch nicht einmal gelagt ist, daß alle drei in die tägliche Arbeitszeit fallen. Begründet wird diese Empfehlung mit dem Hinweis darauf, daß das betreffende Senatsgesetz vom 22. Oktober 1919 keine Bestimmung enthält, die eine solche Bezahlung vorschreibt. Da sich in einem andern Falle, den wir in nächster Nummer etwas eingehender beleuchten werden, die Hamburger Prinzipale in ebenso reaktionärer Weise auf ein Reichsgesetz stützen, so möchten wir nicht veräumen, die Herren auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu verweisen. Dieser besagt nämlich, daß der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig geht, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Dieser Paragraph läßt die Lehramtlichen zweifellos vor Abzügen wegen der ihnen durch Senatsbeschlüsse auferlegten Fortbildungspflicht, wenn deren Erfüllung ohne Arbeitszeiterhöhung nicht möglich ist; denn es handelt sich hier um Einberufung zu einer gesetzlich vorgeschriebenen Dienstleistung, deren Befolgung nicht vom persönlichen Willen der Lehramtlichen abhängig ist. Doch ganz abgesehen davon, gehört schon ein ganz besonderer Mangel an sozialem Verständnis dazu, wenn man den sicher nur äußerst gering entlohnerten Lehramtlichen noch solche kleintätige Abzüge machen will. Charakteristisch für das „hohe“ Interesse der Hamburger Prinzipale an der Fortbildung ihrer Lehramtlichen ist ferner noch der der gleichen Bekanntmachung zum Schluß angehängte Hinweis darauf, daß auf Antrag der jungen Mädchen durch Ablegung einer Prüfung (verlangt wird einfaches Ständecenthalten) vom Unterricht befreit werden können.

Lloyd George und Sue. unter vorstehender Schlagmarke gibt die „Magdeburgische Zeitung“ (Nr. 484) zu erkennen, daß der Artikel „Die einzige Rettung!“ in Nr. 78 des „Storr.“ ihrer geistigen Leistung mächtig in die Glieder gefahren ist. Sie drückt den ganzen vierten Absatz des genannten Artikels ab und knüpft daran folgende Schlussfolgerung: „Wird die deutsche Arbeiterchaft wirklich — in der gleichen Weise wie die Redaktion des „Storr.“ — auf diese eigentlich recht plumpe Seite Lloyd Georges hereinfallen, die ja doch gar nicht dem verdienstvollen Gewerkschaftsführer Sue galt, sondern einzig und allein — den englischen Arbeitern? Diesen wollte Lloyd George zeigen, in welsch freundschaftlicher und verständnisvoller Weise er dem deutschen Arbeiterführer begegnet ist, so daß die englischen Arbeiter keinerlei Veranlassung hätten, etwa für ihre deutschen Stollgen — von denen er gerade das Letzte zu erprellen im Begriffe war — einzutreten. Oder hält die deutsche Arbeiterchaft etwa die nach dem freundschaftlichen Händedruck an Sue durchgeführte Vierung von monatlich 2 Millionen Tennen Söhle nicht für eine Erprellung?“ Auf diese Fragen gestatten wir uns folgendes zu antworten: Doch Lloyd George schlaue war und ist, als manche andre Diplomaten, die in Spa reden und von sich reden machten, wurde in unserm Artikel in Nr. 78 selbst anerkannt. Wir können es uns auch lebhaft vorstellen, daß der Engländer in seinem Verhalten gegenüber Sue an die Arbeiterchaft seines Landes dachte. Aber gerade darin liegt ja der himmelweite Unterschied in der Politik zwischen Lloyd George und demjenigen des der „Magdeburgischen Zeitung“ besonders nahebeliebten Herrn Stinnes. Während der englische Staatsmann auch in Spa nicht vergab, was er der Arbeiterchaft seines Landes schuldet, hat der „Sachverständige“ der deutschen Unternehmer mit dem angebrochenen Einmarsche der feindlichen Kruppen in das Ruhrgebiet in hochverrächerlicher Weise gespielt. Er schien den Einmarsch sogar provozieren zu wollen. Ferner war sein einziges Rettungsmittel, das er zu empfehlen wußte, die Verlängerung der Arbeitszeit für die deutschen Arbeiter. In diesen beiden Vorgehensweisen des Herrn Stinnes erblicken wir eine direkte Begünstigung dessen, was die „Magdeburgische Zeitung“ als Erprellung bezeichnet, während Sue in offener und ehrlicher Weise die Freiheit und Ehre der deutschen Arbeiterchaft zu schützen suchte und gegen jede Erprellung in mannhafter Weise protestierte.

Gelbe Genossenschaftsbewegungen. Auf Betreiben des Vereins zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands ist in letzter Zeit eine neue Grobhandelskonsumgenossenschaft, die „Gemeinnützige Grobhandelskonsumgenossenschaft Deutschland, A.-G.“, Hamburg, errichtet worden, deren Aktienkapital bis vor kurzem 2 Mill. Mk. betrug, neuerdings aber verdoppelt worden ist. Aktionäre sind zahlreiche industrielle Unternehmer und Unternehmerverbände sowie Herr Pastor Richter (Königswalde), der zugleich den Vorsitz im Aufsichtsrat innehat. Diese Gesellschaft, hinter deren gemeinnützigen Firma sich die sehr eigenwillige Absicht ihrer Gründer verbirgt, soll nach dem Vorbilde der Grobhandelskonsumgenossenschaft Deutscher Konsumvereine m. H. S., Hamburg, dem eignen Unternehmern der deutschen Konsumvereine, den zentralisierten Einkauf der Lebensmittel für die einzelnen Werkstoffunternehmen betorgen und ihnen durch organische Zusammenfassung eine gemeinsame feste Grundlage geben. In den Werbeschreiben für die Gründung dieser Gesellschaft sind dieselben Gesichtspunkte betont worden, aus denen in verkloppener Zeit die Errichtung von gelben Werkstoffvereinen betrieben wurde: Schaffung wirtschaftsfreier Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern. Daneben wird es als wichtig bezeichnet, den „sozialdemokratischen“ Konsumvereinen und der „sozialdemokratischen“ Grobhandelskonsumgenossenschaft Abbruch zu tun. Der Reingewinn der Gesellschaft soll, soweit er nicht zur Vergütung des Aktienkapitals und zu den gesetzlichen Abschreibungen und Rücklagen verwendet wird, der „Förderung solcher Arbeiterbewegungen dienen, die ein friedliches Hand-in-Hand-Arbeiten mit dem Arbeitgeber erstreben“. So heißt es wörtlich in einem vertraulichen Rundschreiben, das der Verein zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands schon im August 1916 an eine große Anzahl von Unternehmern verandt hat. Im Gesellschaftsvertrage wird diese Zweckbestimmung in der Form umschrieben, daß der zur Vergütung fehlende Rest des Reingewinns „einem Fonds zugeführt wird, der nach Beschluß der Generalversammlung für gemeinnützige Zwecke, die in der Richtung der Gesellschaftsziele liegen, verwendet wird“. Zum Zwecke dafür, daß die Spekulation richtig war, wird ein drittes Heft von Anerkennungs schreiben veröffentlicht, in denen u. a. zahlreiche Unternehmer befristet mitteilen, daß es dank der reichlichen Belieferung ihrer Arbeiterchaft mit Speck, Schmalz und andern schönen Sachen gelungen sei, jene in guter Stimmung zu erhalten und Streiks zu vermeiden. Daneben sprechen, als beides Zeichen für die Verwirrung der Begriffe, zahlreiche Betriebsräte der „Gemeinnützigen Grobhandelskonsumgenossenschaft Deutschland, A.-G.“, ihre Anerkennung für die Belieferung aus! Es wird hohe Zeit, daß die Arbeiterchaft sich über diese Zusammenhänge klarheit verschafft. Auch abgesehen von dem „wirtschaftsfriedlichen“ Ziel und abgesehen von der freier so klar erkannten Plage, die mit derartigen „Wohlfahrtsvereinigungen“ verbunden ist, sollte grundätzlich jede Beteiligung an derartigen Werkstoffunternehmen abgelehnt werden. Das einzige wirksame Mittel zur Verbilligung der Lebenshaltung und zum Schutze gegen wucherliche Ausbeutung durch den Handel ist der Zusammenkauf aller Verbraucher zu großen, leistungsfähigen allgemeinen Verbrauchergenossenschaften, die zugleich die Grundlage für die gemeinwirtschaftliche Gütererzeugung zu bilden berufen sind. Alles andre ist, wenn nichts Schlimmeres, schädliche Stützpunktsetzung.